

Sächsische Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe Geschäftspreis: Halle-Saale Anzeigenpreis: Die Haupttafel 10 mal breiter als die Nebenblätter... Halle-Saale Donnerstag, 17. September 1925 Jahrg. 218 Nr. 218 a

Der Wortlaut der Einladungsnote

Nur eine Zusammenkunft der Außenminister?

Tagungstermin Anfang Oktober Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Das von dem französischen Vorkämpfer dem Reichsaussenminister gestern übergebene Memorandum hat folgenden Wortlaut:

angehen, in welchen es heißt, daß auf Grund der deutschen Zustimmung vom 24. August jetzt die Zeit für eine persönliche Aussprache gekommen erscheine. Von der damaligen Antwortnote der deutschen Regierung an Frankreich, die sich alle sachlichen Bedenken vorbehalten, ist nicht die Rede und man nimmt an, daß die Note als Inhalt der Verhandlungen dienen soll, trotzdem von deutscher Seite immer wieder Bedenken gegen eine solche Formulierung erhoben worden sind.

Das englische Memorandum gleichlautend

(Eigener Drahtbericht.) Das Memorandum, das der englische Gesandtschaftsleiter, Mister Addison, gestern mittag dem Reichsaussenminister überreicht hat, deckt sich, wie wir von ausländischer Stelle erfahren, inhaltlich vollständig mit dem vorerwähnten französischen Memorandum.

Strajnski wünscht deutsche Schiedsgerichtsverträge

Wien, 16. September. Der polnische Außenminister hat dem Vertreter der schweizerischen Delegation zur folgenden Erklärung abgegeben:

Die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Frankreich, England, Belgien und Deutschland über den Vorschlag des Sicherheitspaktes kann von allergrößter Bedeutung sein, weil sie eine Verständigung zwischen Paris und Berlin herbeiführen soll. Man darf im übrigen aber nicht vergessen, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht genügt, um den Frieden zu gewährleisten, wenn nicht gleichzeitig auch eine Verständigung zwischen Berlin und Warschau eingeleitet wird.

Der Reichspräsident wird am Donnerstag 8 Uhr abends in Eilen eintreffen und auf dem Bahnhof von dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten empfangen werden. Hieran schließt sich ein Vierabend im „Reiterhof“, an dem mehrere hundert Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden des gesamten Rheinlandes geladen sind. Ferner werden Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verände, der politischen Parteien und der Kreise anwesend sein.

Die Fürsorge für die Optanten

Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Ohauschluß des preussischen Landtages steht am Mittwoch noch keine Aussprache über die Optantenfrage, wobei der Reichspräsident die Anführung der Optanten übernehmen wird.

Gefahren, die die Note birgt

Berlin, 16. September. (Von unserer Berliner Schriftleitung.) Das Memorandum des Wortlautes der Einladungsnote hat manche Befürchtungen erregt. Zunächst ist von einer breiten Einbindung nicht die Rede, sondern nur von einer Aufforderung zur Verabredung einer Zusammenkunft. Weiter ist dann nur von den Außenministern die Rede und nicht von der Reichsregierung.

Deutschland zahlt keine Dawessschulden

Die erste Rate des zweiten Dawesjahres bezahlt

Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalagent für Reparationsabgaben teilt mit: Die Reichsregierung hat den am 16. September 1925 fälligen Betrag von 80 Millionen Goldmark als erste Rate der im zweiten Jahre des Dawesplanabkommens zu leistenden Annuität heute gezahlt. Die Zahlung erfolgte durch Überweisung des Gegenwertes in Reichsmark auf das Konto des Generalagenten für Reparationsabgaben bei der Reichsbank.

Zur Reise des Reichspräsidenten ins Ruhrgebiet

Bodum, 15. September. Auf seiner Fahrt ins Ruhrgebiet wird der Reichspräsident am Donnerstag nachmittag von der Provinzialverwaltung im Sommerbahnhof Bodum durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Gronowitz, und den Landesaußenminister der Provinz Westfalen, Biedemann, begrüßt werden. Die Herren der Provinzialverwaltung werden in Hamm den Sonberzug des Reichspräsidenten zur Weiterfahrt nach Bodum begleiten.

Entschiebung des deutschen Bantiertages

Berlin, 16. September. Auf dem Bankertag wurde nach dem Vorschlag des Grafen Schöner eine Entschliebung angenommen, die die Entschliebung ausländischer Kredite und ausländischer Beteiligung für die deutsche Wirtschaft gegenwärtig für äußerst erwünscht erklärt, namentlich auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer schnelleren Steigerung der Leistungsfähigkeit, um die im Londoner Abkommen (Dawesplan) übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Die Entschliebung sprach in der Entschliebung weiter die Überzeugung aus, daß bei der Wahrung einer Vergrößerung der Ausfuhr oder einer Verringerung der notwendigen Einfuhr erzielt werde. Nützliche Wirtschaft der in Deutschland vorhandenen Gelder bedeute besonders in einer Zeit großer Kapitalnot die Vermeidung des Verlustes, was die Kapitalbindung hindere. Die Kapitalbindung könne durch nichts mehr gebremst werden als durch eine zeitliche Ausgabeneinsparung in den öffentlichen Verwaltungen, über die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Erhebung überschüssiger Steuern und Abgaben. Der Bankertag sprach in der Entschliebung weiter die Überzeugung aus, daß bei der exponierten Lage der deutschen Volkswirtschaft alles geschehen müsse, um zu verhindern, daß Ausländer, die Gelder nach Deutschland herbeibringen, Verluste oder Enttäuschungen erleiden, was die Kapitalbindung hindere. Die Kapitalbindung könne durch nichts mehr gebremst werden als durch eine zeitliche Ausgabeneinsparung in den öffentlichen Verwaltungen, über die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Erhebung überschüssiger Steuern und Abgaben. Der Bankertag sprach in der Entschliebung weiter die Überzeugung aus, daß bei der exponierten Lage der deutschen Volkswirtschaft alles geschehen müsse, um zu verhindern, daß Ausländer, die Gelder nach Deutschland herbeibringen, Verluste oder Enttäuschungen erleiden, was die Kapitalbindung hindere. Die Kapitalbindung könne durch nichts mehr gebremst werden als durch eine zeitliche Ausgabeneinsparung in den öffentlichen Verwaltungen, über die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Erhebung überschüssiger Steuern und Abgaben.

Die japanischen Krieger erst morgen in Berlin

Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Rundfunk aus Königsberg werden die japanischen Krieger erst am morgigen Donnerstag auf dem Flughafen Zempfelhof eintrafen.

Abreise Gaillaux nach Amerika

Paris, 16. September. Wie amtlich gemeldet wird, ist heute die französische Schulddelegation unter Führung Gaillaux von Le Havre auf dem Dampfer „Paris“ nach Amerika abgereist. Der Führer der Delegation, Finanzminister Gaillaux, hat von der Regierung ausgezeichnete Vollmachten erhalten. Von den anderen Mitgliedern der Mission sind vier Senatoren: Wanger, Dausset, Gypsoval und Paul Doumer, vier republikanische Senatoren: Vincent Auriol, Ramouzeau, Lacombe und de Chambrun, zwei Sozialisten: Baudry und Baudry. Die Delegation wird die Reise nach Amerika während der Dauer der Verhandlung der Reparationsabgaben in der Reichsbank der Vereinigten Staaten. Diese Herren erschienen unter Führung des Reputations-Sekretärs und überreichten dem Reputations-Sekretär des ersten Reichspräsidenten eine Note, in der das Verlangen des Senats war, daß Frankreich seine Schulden bezahlen solle, mit bitteren Worten kritisiert wird. Die Delegation übergab gleichzeitig eine Überweisung an den Senator Wood eine Geschichte

Zur Reise des Reichspräsidenten ins Ruhrgebiet

Bodum, 15. September. Auf seiner Fahrt ins Ruhrgebiet wird der Reichspräsident am Donnerstag nachmittag von der Provinzialverwaltung im Sommerbahnhof Bodum durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Gronowitz, und den Landesaußenminister der Provinz Westfalen, Biedemann, begrüßt werden. Die Herren der Provinzialverwaltung werden in Hamm den Sonberzug des Reichspräsidenten zur Weiterfahrt nach Bodum begleiten.





